



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 08.03.2021

An
Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Anfrage der SPD/Volt-Ratsfraktion zur Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 18.03.2021

Betrifft:

Anfrage der Ratsfraktion SPD/Volt: Vorkommnisse Kinderspielplatz Peter-Behrens-Straße

Begründung:

Am 17.02. berichtete Report-D von Verstößen gegen das Versammlungsverbot am Kinderspielplatz an der Peter-Behrens-Straße in Garath. Danach zeigten sich die Mitglieder der Bruderschaft auf Hinweise des OSD unkooperativ und die OSD-Einsatzkräfte mussten die Polizei zur Unterstützung rufen.

Der Kinderspielplatz soll bald umgebaut und erweitert werden, was Ansammlungen verhindern soll. Unklar ist aber, wie die Kinder und ihre Eltern bis dahin geschützt werden sollen. Aus den vergangenen Jahren ist bekannt, dass die Bruderschaft auch an anderen Orten, zum Beispiel in Eller, aktiv ist. Daher stammt das Interesse, zu wissen, ob solche Vorfälle an anderen Orten in der Stadt ebenso zu verzeichnen sind. Dies reiht sich in einen größeren, deutschlandweit beobachtbaren Trend ein, dass zunehmend auch Kommunalpolitiker*innen Angriffen ausgesetzt sind. Deshalb halten wir es für notwendig, dass die Gefahr für Kommunalpolitiker*innen auch in Düsseldorf analysiert und entsprechend reagiert wird.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD/Volt-Ratsfraktion, diese Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 18.03.2021 zu nehmen und von der Verwaltung beantworten zu lassen:

- 1. Wie sollen die Benutzer*innen bis zur Fertigstellung des Umbaus und der Vergrößerung des Spielplatzes an der Peter-Behrens-Straße vor Ansammlungen der Bruderschaft Deutschland geschützt werden?**
- 2. Sind dem OSD und/oder der Polizei weitere Treffpunkte der Bruderschaft Deutschland im Stadtgebiet Düsseldorf bekannt und mussten Mitarbeiter*innen des OSD und/oder der Polizei an diesen Orten wegen Verstößen gegen die Corona-Maßnahmen eingreifen?**

3. Welche Gefahren gehen von den Mitgliedern der Bruderschaft Deutschland gegenüber Bürger*innen, insbesondere gegenüber Kommunalpolitiker*innen aus, die sich „gegen Rechts“ engagieren?

Vielen Dank im Voraus für die Beantwortung der Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Marina Spillner